

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Erklärung gegen den Krieg.

Ab Schwächung des polnischen Vorstoßes.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigenbericht.)

Wie mit großem Sturm angekündigte polnische Initiative zugunsten eines allgemeinen Nichtangriffspaktes schrumpft immer mehr zusammen. Es scheint, daß die Polen von Anfang an nicht recht gewußt haben, was sie eigentlich wollten. Das Mißtrauen Englands gegen ein Wiederauftauchen des Genfer Sicherheitsprotokolls vom Jahre 1924 in jeder anderen Form hat zur Folge gehabt, daß der ursprüngliche Plan fallen gelassen wurde, ehe er noch konkrete Gestalt annahm. Nachdem am Montagabend Chamberlain in einer Unterredung mit Briand seine Bedenken zum Ausdruck gebracht hat, wird jetzt von polnischer Seite versichert, es sei nur an eine allgemeine Deklaration gedacht, durch die jeder Angriffskrieg für ungesetzlich erklärt werden sollte. Das steht aber eigentlich schon im Völkerbundsstatut. Jede Präzisierung würde sofort die Frage aufwerfen lassen, was man unter dem „Angriffskrieg“ versteht. Sobald man aber den Begriff des „Angreifers“ genauer definieren will, gerät man in die endlosen Diskussionen, die bei der Ausarbeitung des Genfer Sicherheitsprotokolls im Sommer 1920 stattgefunden haben und ruft daher den Widerstand der Konservativen Englands und der Dominien hervor. Eine bloße Deklaration, wie sie jetzt von Polen vorgeschlagen wird, wäre andererseits nichts mehr als eine bloße Geste, die ihre Unterzeichner moralisch kaum mehr verpflichtet würde als das Völkerbundsstatut.

England gegen Ausbau des Völkerbundes.

London, 6. September.

Den polnischen Wünschen nach einem gegenseitigen Nichtangriffspakt gegenüber wird in der englischen Presse weiterhin starke Skepsis und dementsprechende Reserve beobachtet. Der Vorschlag, so sagt der „Daily Telegraph“, sei trügerisch und vom englischen Standpunkt aus gefährlich. Wenn man bereits von einer gewissen Zustimmung Chamberlains spreche, so sei das insofern irreführend, wenn man hieraus die Bereitwilligkeit Großbritanniens konstruieren wolle, sich auf eine Garantie für die Grenzen im Osten einzulassen. Wenn natürlich der Pakt lediglich platonischen Charakter haben sollte, so daß nur die Mächte ihn zu

unterzeichnen brauchten, die es von sich aus wollten, so sei der Plan wenig tadelhaft, sein Nutzen aber zweifelhaft. — Die „Times“ meinen, daß auch nach der Ansicht gemäßigter Franzosen das bisherige Bündnis Polens mit Frankreich in Verbindung mit den Locarno-Verträgen Polen die beste Sicherheit gebe.

Ueber eine mögliche Kandidatur Kanadas für einen Sitz im Völkerbundsrat herrscht in England fast durchweg Befriedigung, die auch in der Presse zum Ausdruck kommt. Man könne Chamberlain dazu gratulieren, so schreibt „Daily Telegraph“, daß er die Einwände, die zum Teil in seinem eigenen Ressort bestanden hätten, aus dem Wege geräumt habe.

Kein Ost-Locarno, sondern allgemeines Abkommen.

Paris, 6. September. (Eigenbericht.)

Der „Petit Parisien“, der sich zum Sprachrohr der polnischen Politik in Genf gemacht hat, veröffentlicht am Dienstag neue Einzelheiten über den polnischen Vorschlag eines allgemeinen Sicherheitspaktes. Diese Veröffentlichung ist ohne Zweifel durch die ungünstige Aufnahme hervorgerufen, die die polnische Initiative besonders in der französischen Presse gefunden hatte. Es wird darin ausgeführt, daß es falsch sei, zu glauben, Polen wolle ein neues „Ost-Locarno“ vorschlagen oder einen lokalen Ost-Pakt. Im Gegenteil, Polen wolle gerade keinerlei lokalen Pakt, sondern einen Pakt mit allgemeiner Bindung für sämtliche Staaten zum Vorschlag bringen.

Sozialistische Delegierten-Konferenz.

V. Sch. Genf, 6. September. (Eigenbericht.)

Bermittelt durch den Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Genossen Albert Thomas, fand am Montag eine erste Zusammenkunft der sozialistischen Delegierten beim Völkerbund statt. Es nahmen daran teil: Breitscheid (Deutschland), Paul Boncour (Frankreich), Wanderpelle und de Brouckere (Belgien), Borgbjerg (Dänemark), der frühere Ministerpräsident Sandier (Schweden) und der jetzige Außenminister Zeelens (Letland). Genosse Jouhaug, der als französischer Erprobungsdelegierter angemeldet ist, war noch nicht eingetroffen.

Abrüstung?

Gegensätze in der Interparlamentarischen Union.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Interparlamentarische Union hat auf ihrer Tagung in Paris eine Entschließung zugunsten einer allgemeinen Abrüstung angenommen. Diese Kundgebung von Parlamentariern aus drei Dutzend Ländern ist gewiß nicht ohne moralische Bedeutung. Nur muß man sich hüten, dem Pariser Beschluß irgendeinen unmittelbaren praktischen Einfluß auf die Lösung des Abrüstungsproblems zuzutrauen. Es ist notwendig, sich gerade auf diesem Gebiete vor jeder Illusion zu hüten. Die Wahrheit ist, daß für die Tagung der Parlamentarier das gleiche gilt wie für die vorbereitende Abrüstungskommission des Völkerbundes in Genf: allgemeine Bekundung des Abrüstungswillens, aber tiefe Gegensätze, wenn man an die politischen und technischen Einzelheiten herantritt.

Die interparlamentarischen Konferenzen von Washington und Ottawa haben die Studienkommission, der ich für Deutschland angehöre, beauftragt, einen technischen Abrüstungsplan auszuarbeiten. Das ist in zweijähriger Arbeit gefeiert. Militärs mögen unsere Legitimation zu solchem Tun bestreiten. Das wird sich ertragen lassen. Aktive Generale wird man als Gutachter in Abrüstungsfragen mit ebensoviel Vorsicht hören, wie etwa Schnapsbrenner in Fragen des Alkoholismus und Fleischer zu den Problemen des Vegetarismus. Aus den Generalstäben werden niemals Vorschläge zur Entwaffnung kommen. Der frühere dänische Behrminister Runch, der unserer Studienkommission präsidiert, kann jedenfalls auf eigene Entwaffnungserfolge während seiner Amtsdauer in Dänemark hinweisen.

Die Studienkommission hat ihre Aufgabe gelöst. Gegen den Wert ihres Planes sind von keiner Seite Einwendungen erhoben worden. Nur eines fehlte und mußte leider fehlen: Einmütigkeit, die Vorschläge anzunehmen. Schon in der Kommission ließ sich keine Einigkeit erzielen. Im Plenum ließ man es auf eine Abstimmung über den technischen Abrüstungsplan und seine Einzelheiten gar nicht ankommen. Die Konferenz wäre bei solcher Abstimmung in viele Teilgruppen auseinandergefallen. Schon die Kommission empfahl ihren Plan dem Plenum nur als Studie, und das Plenum gab ihn als anregendes Material den Parlamenten und Regierungen weiter. Niemand, der die politischen und technischen Hindernisse kennt, hatte etwas anderes erwarten können.

Kaum eine nationale Gruppe war ohne Vorbehalte: Die Nordamerikaner opponierten gegen die Einspannung des Völkerbundes in die Lösung des Problems. Sie halten ihn nach wie vor für eine europäische Angelegenheit. Die Nordamerikaner widersprachen ferner einem Abkommen, das keinerlei Vermehrung der jetzigen Rüstungen zulassen sollte, denn sie fühlten sich dann bei ihrem verhältnismäßig kleinen Heere gegenüber den großen Militärmächten benachteiligt. Sehr kühl verhielten sich die Tschoslowaken. Die Griechen und andere kleine Nationen ließen betunden, daß für sie die Abrüstung erst möglich werde, wenn der Völkerbund wirklich durch die Tat die Sicherheit gewährleisten könne. Die englische Mitarbeit in der Kommission hatte schon seit langem zu wünschigen übrig gelassen. In den Marinefragen machten sich die aus Genf bekannten Gegensätze zwischen Amerika, England und Frankreich geltend. Weder für das Verbot der Tanks, noch der Unterseeboote, noch des Luftkriegs — alles von mir unter Hinweis auf den Versailler Vertrag, die diese Kriegsmethoden den Deutschen untersagt, nachdrücklich gefordert — machte sich allgemeine Zustimmung bemerkbar. Ein amerikanischer Senator bezeichnete die Tanks als eine in seinem Vaterlande sehr populäre Waffe! Eine ehrliche, aber auf einer interparlamentarischen Entwaffnungskonferenz reichlich stülwird klingende Bemerkung.

Wir Deutschen gingen natürlich von den Rechtsansprüchen aus, die uns die Entwaffnungsbedingungen des Friedensvertrages und ihre Interpretation durch Georges Clemenceau gewähren. Deutschlands und der anderen niedergeworfenen Völker Entwaffnung ist im Jahre 1919 ausdrücklich als die Einleitung einer allgemeinen Entwaffnung verkündet worden. Es ist ein immerhin wertvolles Ergebnis der Pariser Tagung, daß die Parlamentarier so gut wie aller Staaten des Erdballs diese Tatsache anerkannten, die Verpflichtung des Völkerbundes zur tatkräftigen Bearbeitung der Abrüstungsfrage noch einmal feststellten und nichts gegen den klar und sehr entschieden formulierten deutschen Standpunkt einzumenden wußten.

Ich habe auf der Konferenz gesagt — und zwar ohne Widerspruch in der deutschen Delegation — das wir Deutschen nicht die Freiheit des Aufrüstens wollen, sondern verlangen, daß unsere Abrüstung als Norm für die anderen betrachtet wird. Man mag zweifeln, ob dies möglich wird. Gerade Sozialisten und Pazifisten aber sollten, auch wenn die Erkenntnis unangenehm ist und von Militaristen böswillig mißbraucht werden kann, nicht in der Einbildung leben, daß auf Jahrzehnte ein europäischer Zustand möglich wäre wie jetzt: wildes Aufrüsten einiger Militärmächte und zwangsweise Entwaffnung einer nach Bevölkerung und Defonomie enormen Großmacht wie des Deutschen Reiches. Auch wer noch so sehr die geistige und moralische Entwaffnung herbei-

Die Sozialversicherung im Saargebiet.

Das Abkommen mit Deutschland angenommen.

Saarbrücken, 6. September. (Mtb.)

Der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Wilson, empfing heute nachmittag zum zweitenmal seit seiner Amtzeit die Vertreter der Saarpresse, um davon Mitteilung zu machen, daß die Regierungskommission am 1. September beschlossen habe, das mit der deutschen Regierung unter Teilnahme eines Vertreters der französischen Regierung über die Sozialversicherung des Saargebiets am 20. Juli in Paris vereinbarte Abkommen anzunehmen. Das Abkommen bezweckt unter Anpassung an die deutsche Gesetzgebung eine wesentliche Verbesserung der bekanntlich außerordentlich bedrückten Lage der Sozialversicherten des Saargebiets. Mit seiner Inkraftsetzung ist jedoch erst im nächsten Frühjahr zu rechnen, da es noch vom deutschen Reichstag angenommen werden muß und umfangreiche gesetzgeberische Vorarbeiten im Saargebiet erforderlich sind, bis es dem saarländischen Landesrat zur Verabschiedung vorgelegt werden kann.

Nach Deutschland abgeschoben.

Die Ausweisung der deutschen Redakteure aus Memelland

Memel, 6. September.

Chefredakteur Peubner und Redakteur Warm sind heute morgen von zwei Beamten der Landespolizei in Ausführung des Auftrages der Kriegskommandantur festgenommen und der Staatspolizei zugeführt worden. Sie werden voraussichtlich heute vormittag mit dem von Memel abfahrenden Dampfer über Ridden nach Deutschland abgeschoben werden. Ebenso wurde Redakteur Bricskorn von der „Memelländischen Rundschau“ heute morgen in Heidekrug festgenommen. Auf welche Weise er nach Deutschland abgeschoben werden wird, ist noch nicht bekannt.

Untersuchung in Samoa.

Neuseeland entsendet zwei Richter, um die Verwaltung zu kontrollieren.

Wellington (Neuseeland), 6. September.

Der Oberichter von Neuseeland und ein Richter am Eingeborenengerichtshof sind von der neuseeländischen Regierung zu Kommissaren ernannt worden, um die Lage im Mandatsgebiet Samoa zu studieren und einen Bericht zu erstatten. Insbesondere sollen sie feststellen, ob die Klagen über die Verwaltung von Samoa gerechtfertigt sind, ob die Beamten ihre Befugnisse überschritten und ihre Pflichten vernachlässigt haben, und ob die Verbannungsstrafe gegen die Eingeborenen abzuschaffen wäre.

Bomben gegen das Oelkapital.

Ein anarchistischer Anschlag in Südamerika.

Buenos Aires, 6. September.

Vor dem Eingang zu dem im Zentrum der Stadt gelegenen Gebäude der hiesigen Filiale der West India Oil Company, einer Tochtergesellschaft der Standard Oil Company, wurde gestern eine Bombe entzündet. Eine Explosion wurde im letzten Augenblick nur durch die Gelbesgegenwart eines Angestellten verhindert, der die brennende Zündschnur auslöschte. Die Polizei nimmt an, daß der Anschlag mit dem Boykott zusammenhängt, den manche Arbeiterverbände gegen die amerikanischen Oelgesellschaften verhängt haben.

In Island hat die Partei der Landwirte die Regierung übernommen. Die Sozialdemokratie verlangt eine Reform des Wahlrechtes, das bisher das platte Land bevorzugt.

Die Reichsbahn vor dem Schlichter.

Der Schlichter erklärt sich für unzuständig.

Der Reichsarbeitsminister hatte in dem Tarifstreit über die Dienstdauervorschriften bei der Deutschen Reichsbahngesellschaft den Unterstaatssekretär a. D. Prof. von Möllendorff zum Schlichter ernannt. Die Schlichtungsverhandlungen fanden gestern im Reichsarbeitsministerium statt. Nach mehrstündigen Verhandlungen wurde mit den Stimmen der Arbeitgeberbeisitzer folgender Schiedsspruch gefällt:

„Die Schlichtungskammer hält sich zur Entscheidung des Streitfalles nicht für zuständig, da im vorliegenden und letzten Abhay der Ziffer 1 der Vereinbarung vom 7. April 1927 nicht zum Ausdruck kommt, daß die diesbezüglichen Bestimmungen der Dienstdauervorschriften künftig der alleinigen Entscheidung der Reichsbahnverwaltung entzogen werden sollen.“

Der Schlichter hat also nicht, wie es seine Aufgabe war, den Streit durch einen Schiedsspruch in sachlicher Beziehung erledigt, sondern ist einer Entscheidung ausgewichen. Der Streit ist deshalb nicht entschieden, sondern vertagt. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß der nichtständige Schlichter über seine Zuständigkeit entscheiden soll. Nach unserem Dafürhalten ist die Frage der Zuständigkeit in diesem Falle vom Reichsarbeitsminister zu prüfen. Sie muß mit der Ernennung des Schlichters entschieden sein.

Die Reichsbahngesellschaft hat sich auf Antrag der Tarifgewerkschaften bereit erklärt, im Laufe des Monats September weiter zu verhandeln, um die Angelegenheit, die sich auch nach Ansicht des Schlichters noch „in der Schwebe“ befindet, nun endlich zum Abschluß zu bringen. Hoffentlich zeigt die Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn endlich das erforderliche Entgegenkommen gegenüber den durchaus berechtigten Forderungen der Gewerkschaften.

fehnen mag, sollte ehrlich zugeben: das Beispiel, das die waffenstarrten Großmächte dem in Jahrhunderten militärisch erzogenen deutschen Volke geben, ist nicht gerade erhehend. Die gewaltige militärische Spannung, die zwischen den anderen Mächten und Deutschland besteht, muß sobald als möglich durch den tatsächlichen Beginn der Entwaffnung auf der anderen Seite gemildert werden. Wer das nicht fordert und nicht will, soll seine Träume von einer geistigen Befriedung Europas begraben.

Es gibt leider immer nur noch eine große ökonomische und geistige internationale Macht, die dem Kriege ganz ehrlich widerstrebt: die sozialistisch denkende Arbeiterklasse. Auch in den bürgerlichen Schichten sind einzeln und gruppenweise Friedensfreunde, eine Massenbewegung sind sie nicht. Am wenigsten die Christen, oder was sich so nennt. Wenn man da von frommen Lippen hört, nicht jeder Krieg sei ein „Verbrechen“, sintemalen doch Gott die Gerechtigkeit wolle, auch wenn sie nur mit Waffen durchgefochten werden könne, so graut einem Heiden vor solchem Gottesbegriff! Und dem Sozialisten fehlt die Sprache vor der Einsicht, die den etwaigen nächsten Völkerring um das Petroleuum aus der göttlichen Liebe zur Gerechtigkeit herleitet.

Die Sozialdemokratie sieht, wie die Sorge um die Erhaltung geraubten nationalen Besitzes, die Furcht um den Verlust überfälliger Gebiete, der Drang nach neuen Machterweiterungen, das Mißtrauen aller gegen alle, die Angst um die eigene Sicherheit das Abrüstungsproblem für die kapitalistische Welt nahezu hoffnungslos kompliziert. Nicht einmal die doch klar vor jedem liegende Erkenntnis, daß ein neuer Weltkrieg ungeheure revolutionäre Ereignisse zur Folge haben muß, spornet die Regierungen und die Parlamente zur Eile an. Etwas von dem Fatalismus des letzten Jahrzehnts vor dem großen Kriege liegt über der Welt. Wir dürfen diesem Sichgehenlassen nicht erliegen. Als Sozialdemokraten eines entwaflneten Landes haben wir zu den Forderungen der internationalen Abrüstung eine günstigere Plattform als die anderen. Nützen wir sie dazu, den menschlichen Willen gegen den Krieg — und der ist noch drohend in der Welt — zu mobilisieren. Der Wille von Millionen Menschen, rechtzeitig und ziefest gewandt, ist nicht machtlos, so gewaltig und eigengefährlich die friedensfeindlichen Triebkräfte des Hochkapitalismus auch sein mögen.

Katholizismus und soziale Frage.

„Keine einheitliche Meinung.“

Besitzt der Katholizismus ein einheitliches, von allen Anhängern der Kirche anerkanntes soziales Programm? Der österreichische Bundeskanzler Prälat Seipel, hat in Dortmund diese Frage aufgeworfen und verneint. „Die Katholiken haben derzeit noch keine einheitliche Meinung in dieser Sache,“ so bekannte er. Mit großer Anschaulichkeit schilderte er zwei Richtungen, von denen man wohl sagen kann, daß sie einander gegenüberstehen, wie Feuer und Wasser. Von den Anschauungen der einen, die man als die kapitalistisch-konserverative bezeichnen kann, gab er mit starker Einfühlungsgabe folgendes Bild:

Die tiefsten und wirksamsten Gesetze des Wirtschaftslebens sind sittliche Gesetze. Ist es da nicht gefährlich, so mehr als dem äußerlichen Aushalten rüden zu lassen? So fragen sich viele Katholiken: Es sind genug der Trümmer in der Welt; daher nichts mehr zusammenstürzen lassen! Die politische Ordnung, die gerade für den, dessen Patriotismus auch eine religiöse Wurzel hatte, ein Stück von einer heiligen Ordnung war, hielt nicht stand. Die soziale Ordnung ist einer breiten und tiefen gesellschaftlichen Umschichtung zum Opfer gefallen. Als standfester hat sich die

wirtschaftliche Ordnung bewährt. Soll auch sie fallen? Sollen auch die Eigentumsbegriffe revidiert werden? Soll auch das Verhältnis von Kapital und Arbeit umgestürzt werden? Was bleibt dann noch? Wird sich dann nicht der ganze Kampf der neuerungsfähigen Menschen, ohne auch nur eine Zwischenstunde zu finden, die des Angriffes wert wäre, auf die Kirche und die Religion selbst werfen? Diese Befürchtungen sind um so mehr begründet, je schwerer sich die Vorkämpfer des sozialen und wirtschaftlichen Umsturzes tun, die Maske, daß die Religion Privatangelegenheit sei, vor das Gesicht zu halten. Daher sagen so viele Katholiken zu jedem Bestreben, die Menschheit in wirklich neue Wirtschaftsformen hineinzuführen, ganz entschieden nein.

Auf der anderen Seite sieht Prälat Seipel einen katholischen Sozialreformismus, dessen Ideen-gänge er folgendermaßen schildert:

Die katholische Kirche ist die katholische, die allgemeine, weil sie für alle Menschen aller Nationen, aller Rassen, aller Zeiten da ist. Nicht auch alle Klassen, aller ökonomischen und politischen Ordnungen? Der von Christus in die Welt gebrachte Glaubens- und Gnadenhaushalt vertritt nicht eine Vermehrung dadurch, daß ihm Menschliches, wenn auch noch so Ehrwürdiges, noch so Nützlichendes, noch so Benützendes ein- und angefügt wird, um es mit ihm und gleich ihm gegen Neuerer zu verteidigen. Dazu noch die große Sorge: Wird nicht die Kirche unendlichen Schaden leiden, werden nicht, was daselbst, aber so gefordert noch mehr ist, unzählige Seelen Gott und seiner Kirche entfremdet werden, wenn die neue Menschheit alle Katholiken oder fast alle dräben bei den Verteidigern der alten Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sieht? Die so empfinden, verlangen mit heißer Angebude, daß die besten Katholiken Bannerträger einer neuen Ordnung, damit zugleich aber auch Führer auf dem Wege werden, der zu ihr führt. Sie prophezeien unerhörten Abfall von der Kirche und Untergang, nicht der Kirche selbst, aber doch der kirchlichen Einrichtungen in unseren Ländern und unseren Zeiten, wenn es nicht geschieht.

Herr Seipel selbst hat zwischen diesen beiden Anschauungen als kluger Taktiker mit der Balancierstange das Gleichgewicht zu halten versucht. Darüber war schon heute morgen hier einiges zu lesen. Doch was uns in diesem Zusammenhang interessiert, ist nicht die recht anscheinbare persönliche Meinung des Bundeskanzlers, sondern seine unzweifelhaft richtige Feststellung, daß es im Katholizismus eine einheitliche Auffassung des sozialen Problems nicht gibt. Herr Seipel hat nur eines hinzuzufügen vergessen, dessen Wahrheit kein Mensch zu bestreiten imstande ist: nämlich, daß es im großen Ganzen die Besiehenden sind, die aus ihrem Katholizismus am liebsten eine Religion des Antisozialismus machen möchten, und daß es die Kreise der katholischen Arbeiter, Angestellten und Beamten sind, die mit jedem Tage den Sozialismus besser verstehen lernen. Also Klassen-scheidung und Klassengegenüberstellung auch hier!

Das Zentrum spricht von einer Ausgleichung sozialer Gegensätze durch die Kraft des Glaubens. Das ist eine Verheißung, von der Erfüllung sieht man noch nichts. Ja, es fehlt einstweilen sogar noch die erste Voraussetzung für die Erfüllung: die auf dem Boden christlicher Ethik erwachsene Gemeinsamkeit der Auffassungen in sozialen Fragen. Das ist von Herrn Seipel auf dem Dortmunder Katholikentag ausdrücklich festgestellt worden.

Mit den Fragen des Glaubens und Unglaubens an sich hat das alles wenig zu tun. Das Zentrum tut aber in seiner Agitation, wenn auf soziale Probleme die Rede kommt, oft so, als ob es den Stein der Weisen in der Tasche hätte. Wie wenig dieser Anspruch begründet ist, zeigt der Verlauf des Katholikentags und die Rede Seipels. Auch dräben wird um die großen Probleme unserer Zeit hart gerungen, und wir Sozialdemokraten können diesen Kämpfen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Sie wirken sich aus in der praktischen Politik, und aus ihrer Kenntnis läßt sich manches verstehen. 3. B. auch die Politik Seipels in Oesterreich und bei uns — der Bürgerblock!

mechanischen Berufsfunktionen ab. Er stahl ihnen die Verbindungen, die ihrer unwürdig waren, aber er stahl sie. Nun verdient er viel Geld und alle läßt er es wissen. Aber seine Schulden an Kollegen bezahlt er aus Prinzip nicht. Trotzdem leidet er darunter, wenn sie sich alle von ihm abwenden.

Das Bild dieses jungen Menschen, der bestimmt in vielen Exemplaren existiert (eines kennt der Porträist persönlich), ist noch nicht gerundet. Denn sehr: Vergeht nie, daß dieser Mensch P. mit seinem höheren Ehrgeiz und seinen runden Augen im Grunde ein sehr verlassener Mensch ist. Aber er ist leider weder Egozentrik im Geiste, noch Geist im Egozentrik, so ist er zur ewigen Mittelmäßigkeit verdammt. Bescheiden sing er einmal an zu lügen, aber auch diesen Anflug zum Genie hat er später widerrufen, und seine kleine näselnde Blasefibel hat geringes Niveau. So steht er da, ist ein armer Mensch und ein großer Mann.

Städtische Oper: „Tristan und Isolde“.

Von jeder Tristan-Aufführung sollte man verlangen, daß sie ein großes, feierliches, außergewöhnliches Ereignis sei. Wenn das im Opernbetrieb nicht möglich ist, so bildet man sich mit singenden Persönlichkeiten aus. Das ist viel, sehr viel, denn in der Zweisprache zweier Menschen liegt das Wohl und Weh langer Sagen begründet. In der Städtischen Oper ist Helene Wildbrunn über eine Krise des vorigen Jahres so glücklich hinweggekommen, daß ihre Isolde jetzt eine einzige, gerade aufsteigende Großleistung ist. Sie hat ihre Stimme und ihre Gesten so sicher in der Gewalt, daß die Gestalt nimmerehr wie eine klassische Plastik wirkt. Neben ihr die Dnegni, die an Beweglichkeit und Darstellung des Einfalls das Genommen hat, was sie an dem einst unerreichbaren Lindre ihrer Stimme einbüßte. Enderstein wäre als Tristan erziehbar. Seine Tenorstimme ist angenehm, kein Spiel ohne Ziererei. Aber er braucht einen Regisseur und braucht einen Stimmdoktor. Beides hat der prächtige Ripnis nicht nötig. Denzler dirigiert. Das Werk ist ihm heilig, aber er glüht nicht in ihm auf; er ist im Gegensatz zu den allzu subjektiven Nachdeutern von Fortinrusien ein treuer, gelehrter, sachlicher Verwalter des ihm anvertrauten Guts. Ein Repertoireleiter künstlerischer Prägung ohne den Atem der besonderen Individualität. Das Publikum war in gehobener Stimmung.

Womit bringt man die Menschen zum Lachen? Der englische Komiker Leslie Henson, der über langjährige Erfahrungen in dem schwierigen Beruf, die Menschen zu erheitern, verfügt, legt sich die Frage vor, worüber am meisten gelacht wird, und beantwortet sie folgendermaßen: Zunächst einmal muß man mit der Laitsache rechnen, daß die ältesten Witze und die ältesten Trübsal am meisten ziehen. Der Versuch des Komikers, originell zu sein, ist vergeblich. Oft habe ich schon am Morgen eine großartige Idee gehabt, um abends Gelächter zu erregen, und alles blieb todernt, während der kindischste Späß die klügsten Künstler und sogar einen Erzbischof in konvulsische Lachzuckungen versetzte. Chaplin mußte wohl, daß

Katholikentag und Staatsgefinnung.

Bekanntnis zur Republik. — „Das Volk hat allein zu entscheiden.“

Dortmund, 6. September.

Am dritten Tage des Katholikentags fand die Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland statt. Generaldirektor Dr. Hahn erstattete den Jahresbericht: Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der Versammlungen und Konferenzen bedeutend gestiegen. Eine besondere umfängliche Tätigkeit entwickelte der Volksverein in der Heranbildung von Mitarbeitern durch Abhaltung von Kursen in allen Teilen Deutschlands, in denen die grundlegenden Fragen des staatsbürgerlichen und sozialen Lebens behandelt wurden. Von besonderer Bedeutung sind die Jung-Landkurse, die für das deutsche Bauerntum eine Schicht von Führern heranbilden sollen, die ihre Aufgaben als fortschrittliche Landwirte und deutsche Staatsbürger erkennen. Neugegründet wurden 292 Ortsgruppen, und 33 795 neue Mitglieder wurden gewonnen.

Badischer Landtagspräsident Dr. Baumgartner sprach über das Thema: „Brauchen wir deutschen Katholiken Staatsgefinnung?“ Der Redner führte aus, daß die Kirche stets die Suprematie des Staates und des Staatszwecks, das wahre materielle und geistig-sittliche Wohl aller Staatsbürger über das Prinzip der Legitimität und über die Staatsform gestellt habe. Nach der katholischen Staatslehre ist die Staatsform etwas durchaus Sekundäres. Die Staatsform bleibt der freien menschlichen Gestaltung, dem zeitlichen Wandel anheimgegeben.

Das deutsche Volk allein hat zu entscheiden über die Staatsform, über Republik oder Monarchie, ihm steht die ursprüngliche Freiheit und das selbständige Recht zu, seine Staatsform an die durch die veränderte Lage geforderten Staatsnotwendigkeiten anzupassen.

Dagegen ist der gewaltsame Umsturz der Staatsform sittlich zu verwerfen. Wenn jedoch durch einen solchen gewaltsamen Umsturz das Chaos und der Untergang des Staates selbst drohen, dann ist es Pflicht aller Bürger, also auch der Katholiken, diese drohenden Gefahren abzumenden. Nach diesen Grundfragen haben nach dem Umsturz in Deutschland unsere führenden katholischen Männer gehandelt, als infolge des militärischen, politischen, wirtschaftlichen und psychischen Zusammenbruchs des deutschen Volkes im Weltkrieg und nach der Flucht des deutschen Kaisers das allgemeine Chaos und damit der Untergang des Reiches und die Zerschöpfung der Staatsgrenzen und damit des Gemeinwohls drohte. Sie haben gehandelt, wie es ihnen Ehre und Gewissen und ihre Bürgerpflicht befohl. Nach den gleichen Prinzipien haben auch alle die gehandelt, die am Aufbau der neuen Staatsordnung im Reich und in den Ländern bei Schaffung der Verfassungen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten mitgearbeitet haben. Daraus ergibt sich, daß wir Katholiken uns der bestehenden Staatsgewalt unterzuordnen haben, daß wir in dem nunmehr bestehenden Staat, das ist nach der Verfassung der Republik, unsere ganze Kraft einsetzen müssen, um mitzuwirken. Schließlich folgt daraus, daß Gehorsam und Befehlsgehör nur so weit und so viel Gehorsam fordern können und dürfen, als sie tatsächlich und ernstlich das allgemeine Wohl, nicht Sonderinteressen, anstreben, und nur insoweit, als sie nicht höhere und ältere Rechte, d. h. des Recht der Persönlichkeit und der Familie, verletzen.

Der Staat darf nicht nur Rechtsstaat sein, es ist seine heilige Pflicht, Wohlfahrtsstaat für alle zu sein.

Sodann aber muß der Staat auch Kulturstaat im höheren Sinne sein, d. h. er muß auch die geistigen, die stillen und die religiösen Güter schützen. Die Staatsgefinnung muß werden zu einer wahren Volksgefinnung, d. h. zur tatbegeisternten Liebe zum Volke. Sie wissen alle, wie weit wir noch entfernt sind von diesem innerlichen Verbundensein in echt nationaler und echt christlich-brüderlicher Gefinnung. Erst wenn die Ethik, das christliche Sittengesetz, das ganze Wirtschafts- und Sozialleben als Zentralidee durchdringt und der Seele und Menschenwürde des Arbeiters wieder die ihr gebührende zentrale Stellung gibt, erst dann werden die schönen in unserer Reichsverfassung darüber niedergelegten Leitfäden zur Tat werden können. Der neue Staat hat uns Katholiken und der katholischen Kirche manche Freiheiten gebracht, zu deren Schutz und Ausgestaltung wir in einheitlicher geschlossener Front stehen müssen. In erster Reihe steht die Rechtspflege der Familie, und dazu gehört das Recht der Eltern auf Bestimmung der Er-

alle sicheren Mittel der Komit bereits benutzt sind, und er baute auf diese Erkenntnis seine Komit auf, die das Bekannteste zur Vollendung erhob. Der Wortwitz ist nicht unsere stärkste Waffe. Eine ganz gewöhnliche Bemerkung kann durchschlagend wirken, wenn sie im richtigen Moment und in einer besonderen Situation fällt. Jeder Humor — von dem Ausgleiten des älteren Herrn aus einer Bananenschale bis zu den Epigrammen La Rochefoucaults — beruht auf den Umständen, auf einer dramatischen Situation, und zwar erwächst das größte Gelächter aus ernstesten Begeitumständen. Deshalb befindet sich in jeder lustigen Wisse der Held in Schwierigkeiten und Nöten aller Art. Unerfahrene Schauspieler und Autoren wissen oft nicht, daß eine Situation erst dadurch wirklich komisch wird, daß die handelnden Personen selbst sie sehr ernst nehmen. Wenn die Szene nicht so geschrieben und gespielt wird, ist sie ein Fehlschlag. Das Wort macht dabei nur wenig. Jemand ein Requisit, ein Stuhl oder ein Kissen, kann eine viel größere Rolle spielen und erst die eigentliche Wirkung bringen. Dieses stumme Spiel ist das Mittel des Komikers, das das leuteste Lachen erzeugt. Und man sage noch soviel gegen die „Bühnen“ unserer Trübsal — sie sind und bleiben es, die, im rechten Augenblick gebracht, auch im ernstesten Menschen das befreiende Lachen erwecken.“

Weibliche Professoren. Durch Beschluß des heftigsten Gesamtministeriums wurde den Leiterinnen der Fachklassen für Frauenkleidung und für künstlerische Frauenarbeit an der unter Direktor Prof. Hugo Eberhardts stehenden Offenbacher Kunstgewerbeschule, Frau Holde Czobel und Fräulein Maria Steudel die Amtsbezeichnung „Professor“ zuerkannt. Die hohen künstlerischen Leistungen beider Klassen sind durch Veröffentlichungen in den deutschen Kunstzeitschriften weit bekannt.

Der dänische Schriftsteller Barfoed hat sich dem amerikanischen Staat in allem Ernst angeboten, sich freiwillig im elektrischen Stuhl hinrichten zu lassen, um dadurch die Frage zu klären, ob der Delinquent hier wirklich geädelt werde oder nicht. Barfoed stellte jedoch die Bedingung, daß dies unter öffentlicher Kontrolle geschehen, Wiederbelebungsversuche vorgenommen und seiner Witwe gegebenenfalls eine Lebensrente zugesichert werden soll.

Der amerikanische Filmmagnat Marcus Loew gestorben. Wie aus New York berichtet wird, ist der bekannte Filmmagnat Marcus Loew gestorben. Loew war Präsident von 100 verschiedenen Korporationen.

Eine Deutsche Dichterin wird von der Deutschen Theater-Kassellung Magdeburg vom 18. bis 24. September veranstaltet. In jedem Abend dieser Woche wird einer der namhaftesten lebenden deutschen Dichter über sein Werk sprechen und aus seinen Dichtungen vorlesen. Ihre Mitwirkung haben bisher zugelagt: Ludwig Kulla, Wilhelm Samselmann, Walter von Molo, Wilhelm von Scholz, Herbert Gulenberg und Walter Dörfelner.

Am 125. Geburtstag von Nikolaus Cerna. Am Leisingsmuseum spricht Donnerstag, 8. Uhr, Helmut Kengel über „Nikolaus Cerna“ zum 125. Geburtstag des Dichters. Gertrud Rube regiert Gedichte, Käthe Müller singt Lieder von Reubeljohn, Schumann, Franz. Am Freitag, 9. Uhr, Walter v. Bomgard. Eintritt frei.

Im Theater i. d. Adalgerstraße findet die Uraufführung von Eling Romde „Der dreimal tote Vater“ nicht wie angekündigt am Donnerstag, sondern am Freitag, den 9. September, statt.

Porträt des Menschen P.

Von Heinz Liepmann.

Wenn er sich mit Berufskollegen an einer Straßenecke verabredet hat, läuft er, um die Straßendrehnosten zu sparen, eine halbe Stunde weit zu Fuß bis etwa 100 Meter vor dem Rendezvousplatz. Dort nimmt er sich ein Mietauto und einsteigt, mit großen Mühen, an der Straßenecke einige Minuten nach der verabredeten Zeit.

Er ist 23 oder 24 Jahre alt, er ist ein kleiner, runder Mann und trägt stramm sitzende, bestgebügelte Anzüge und eine runde Hornbrille. Sein geädtes Haar und Gesicht kann man selten von dem eines Kommiss untercheiden. Er hat tugerunde Augen, die gewöhnlich so aussehen, wie sie die Dichter als geistesabwesend, die normalen Menschen als böd bezeichnen. Alles ist regelmäßig in diesem Gesicht, aber nicht eben klassisch schön, sondern harmlos. Seine Hände sind kurz, aber energisch und bid. — Im Grunde genommen vermeidet alles an ihm Anstoß, er ist überall rundlich und so weiß man wohl schon, wie er aussieht.

P. hat einen Beruf, zu dem ein gewisses Talent gehört. Er ist nämlich Schriftsteller. — P. erhebt das Talent durch „Mentalität“ und Ehrgeiz. So schreibt er seine Romellen im Stil seiner Bekannten. Das, was die Franzosen „grandeur“ nennen, fehlt ihm, aber er hat eine eigene Sehnsucht und verdient sich viel Geld damit. Sein Genre ist der Weltlich und er verblüfft manchmal dadurch, daß in seinen Arbeiten gute Sätze vorkommen. Man kann ihm nicht begegnen, ohne daß er in alphabetischer Reihenfolge die Zeitungen aufzählt, die seine Arbeiten druckten. Im großen und ganzen als Typ: Gott, er ist eben 23 Jahre alt, hat Ehrgeiz wie ein Filmstar und eine taktlose Frau (siehe nächsten Absatz), die seinem Leben die Phantasie nimmt. Sonst ist er als Schriftsteller durchaus Qualität gleichgültig, Schmarotzer an Geistesgut, unselbständig und prinzipiell unschöpferisch.

Er hat keine weltmännischen Seiten. Eine kleine dünne Beamtenochter verführte er mit Charme und heiratete sie, immer seriös, als ein Kind kam und ihr Vater ihn verheuen wollte. Die Ehe wurde glücklich als es das Kind mit diesen Eltern werden wird — da sie ihn weniger liebt als eifersüchtig und eitel bewacht, und er sie, unbedingt stillschweigend (Chrenmann!), aber ungern erträgt. Er hat keine Ehre: Nie hat er sich beklagt, obwohl ihm seine Frau die beschelbenen Möglichkeiten seines Lebens verpöfchte.

Als er seinen Beruf begann — früher war er Buchhändlergehilfe —, ging es ihm sehr schlecht, er besuchte alle Bekannten an; später nahm er den gleichberuflichen Freunden allmählich ihre

ziehung ihrer Kinder. Wer wirklich den inneren Frieden will, der gebe und gewähre die Gemäßigtheit und wahre Toleranz, der stehe manhaft zu dem in der Reichsverfassung als Grundrecht garantierten Selbstbestimmungsrecht der Familie, der christlichen Eltern, des christlichen Bewusstseins. Wir Katholiken wollen auch auf diesem Gebiete den inneren Frieden und die wahre Freiheit und fordern gerade deswegen für die katholischen Kinder katholische Schulen.

In der dritten geschlossenen Versammlung am Dienstagmorgen sprach Professor Vill, Konservator am bayerischen Nationalmuseum, über das Thema „Die kirchliche Kunst der Gegenwart und das katholische Volk“. Einen weiteren Vortrag hielt Universitätsprofessor Dr. Schreiber über das Thema „Unsere Sorge für das katholische Auslandsbürgertum“.

Wilhelm Marx, der Nichtnational!

Weil er nicht schwarzweißrot ist.

Auf dem Katholikentag hat Dr. Marx, wie wir berichteten, über die Pflichten der Beamten gesprochen und dabei den einwandfreien Satz geprägt:

„Ich kann es mit nationaler Gesinnung nicht für vereinbar halten, wenn auch heute noch mancher nicht davon ablassen kann, statt von Schwarzrotgold immer von Schwarzrotweiß zu sprechen...“

Durch diese Aeußerung fühlt sich mit Recht das Organ des Grafen Westarp, die „Kreuzzeitung“, getroffen. Es wirft deshalb den Kanzler der deutschen Republik und Chef der Regierung, der Graf Westarp Befolgung befohlen hat, zum alten Eisen der antinationalen Gesellen, indem es schreibt:

Der Ausdruck der „nationalen Gesinnung“ ist weder „schwarzrotgold“ noch „schwarzweißrot“, sondern eben „schwarzweißrot“. Und die Anhänger von Schwarzrotgold, die auch für sich eine nationale Gesinnung in Anspruch nehmen, täten in ihrem Interesse gut daran, endlich einzusehen, daß die neuen Farben niemals eine Nationalflagge im wahren Sinne des Wortes sein werden.

Die Sache ist nach der „Kreuzzeitung“ also furchtbar einfach: Marx ist für Schwarzrotgold, folglich ist er nicht „national“, oder er nimmt doch nur „auch eine nationale Gesinnung in Anspruch“! Und wir glauben schon, in der Bürgerbewegung nun auch eine wirklich unverfälscht „nationale“ Regierung zu haben!

Die Bismärker schwenken ab.

So die Alten des Grafen Westarp so schöne Töne singen, dürfen die Jungen nicht schweigen. Hat es da kürzlich auf der Magdeburger Theaterausstellung einen „Zwischenfall“ gegeben, den die deutschnationale Bismärker-Jugend in Verbindung mit dem Stahlhelm provozierte. Als nämlich der „christlich-nationale“ Bühnenvolksbund zu einer Jugendtagung aufmarschierte, führten junge Zentrumslente aus dem Westen auch eine Flagge in den Reichsfarben mit. Die Bismärker-Hosenmänner forderten die Entfernung der schwarzrotgoldenen Fahne (zur höheren Ehre der „Nichtlinien“) und weigerten sich, als ihrem Verlangen nicht Folge gegeben wurde, im Zuge mitzumarschieren. Sie wanderten gesondert zum Ausstellungsgelände, drehten dort demonstrativ die Fahne, die neben dem Rednerpult stand, den edleren Teil ihres Körpers, nämlich den Rücken samt Anhängsel, zu und verließen, mitten in der Rede des volksparteilichen früheren Kultusministers Dr. Boelck, den Festplatz, so daß die Veranstaltung eine sehr peinliche Unterbrechung erfuhr.

Darüber hat es in der Presse lange und hitzige Auseinandersetzungen gegeben. Die Bände, die im „Bühnenvolksbund“ zusammengeschlossen wurden, sind wohl einig in der Gegnerschaft zur Volksparteibewegung, aber sonst nicht alle aus dem gleichen Holze. Deshalb haben die Volksparteier für Boelck, die Zentrumslente für ihren Dr. Gerstmann Stellung genommen, während die deutschnationalen Koalitionspartner mit Pauken und Trompeten für die ungeheueren Bismärker-Bühnen eintreten.

Um den Punkt übers i nicht zu vergessen, hat jetzt, wie die deutschnationale Parteikorrespondenz meldet, die „Reichsführung“ der Bismärker-Jugend beschlossen:

„Die Reichsführung der Bismärker-Jugend billigt einmütig die Haltung des Reichsführers in dem Flaggenstreit anlässlich der Magdeburger Tagung des Bühnenvolksbundes. Die Reichsführung sieht durch das Verhalten der Leitung des Bühnenvolksbundes, namentlich in ihren anschließenden öffentlichen und brieflichen Äußerungen, den Abbruch der Beziehungen zum Bühnenvolksbund als vollzogene Tatsache an und weist ihre Untergliederungen im Lande an, demgemäß zu verfahren.“

Das ist auch eine Antwort auf die Dortmund-Flaggenrede des Kanzlers. Wahrlich, Herrn Marx dürfte es nachgerade vor den politischen Bettgenossen unheimlich werden!

Reichswehr als Stahlhelmstaffage.

Auf einem Halenkreuzerlag in Hannover.

Hannover, 6. September. (Eigenbericht.)

Am Sonntag war unter sehr geringer Beteiligung in Hannover eine Veranstaltung der Halenkreuzer, Stahlhelmer und Böllischen. Das Ganze nannte sich Kolonialtag. Bei dem in diesem Rahmen veranstalteten militärischen Paradezug ritten an der Spitze zahlreiche Männer in Uniform der ehemaligen deutschen Schutztruppe. Unter diesen kostümierten Leuten befanden sich zahlreiche Soldaten der hannoverschen Reichswehr, von denen zwei Unteroffiziere vom Reiterregiment 13 einwandfrei erkannt sind. Unser hannoversches Parteiblatt richtet nun an die Reichswehrbehörden die Anfrage, ob ihr die Teilnahme von Reichswehrangehörigen bei der Demonstration dieser verfassungswidrigen Vereine bekannt gewesen ist und was sie zu tun gedenkt, um ähnliche Vorkommnisse zu verhindern.

Kommunismus und Indianeraufstand.

Soldaten klagen die Sowjets der Anstiftung an.

La Paz (Bolivien), 6. September.

Die bolivianische Regierung hat im Senat eine Reihe von Dokumenten vorgelegt, die den Beweis liefern sollen, daß die jüngsten Indianeraufstände von der Sowjetregierung finanziert worden sind. Die Dokumente sollen der bolivianischen Regierung von ihrem Gesandten in Paris vorgelegt worden sein.

Der Senat hat nach Kenntnisnahme der Dokumente eine Entschließung angenommen, worin der Wunsch ausgesprochen wird, daß der Belagerungszustand proklamiert werden soll und daß die Regierung mit großer Strenge gegen den Bolschewismus vorgehe.

In Polen kam es anlässlich des kommunistischen Jugendtages zu Demonstrationen. In Warschau ittelte die Polizei rasch die Ruhe wieder her, wobei gegen 150 Personen verhaftet wurden. Zu größeren Kundgebungen kam es in Wilna, wo die Polizei, um die Ordnung wiederherzustellen, blankziehen mußte. Hierbei wurden einige Demonstranten leicht verletzt.

30 Nachlässe werden versteigert!

Um den letzten Besitz der Armut.

Kaskaden von Licht aus nächstlichen Scheinwerfern, Millionen von elektrischen Flammen kündeten irgendeine Befanglosigkeit, nur diese nicht, einer öffentlichen Auktion des Restgutes von 30 verstorbenen Familien. Und doch ist es ein Film des Lebens, der aus dem Dunkel heraus gesehen werden will, heimlich mit dem Grauen vor qualvollen Begebenheiten.

Ein Hofraum im Osten der Stadt. In den Winkeln und vor der Aussicht halbblinder Kellerwohnungen häuft sich schwebendes Hausgerät, umgestülpte Sofas, geteilte Schränke und anderes, doch mit der Front nach der Mauer, wie die Gesichter der Armen, die ihr Gesicht nicht sehen lassen wollen. Eine halbe Treppe führt hinauf in einen ungetrübten stillartigen Raum, aus dem diese heimatlosen Sachen langsam herausquellen. Immer, wenn auf den starken Schultern der Männer ein Stück in das Licht des Tages rückt, teilt sich die gestaute Menschenmasse, die den Raum und die Treppe bis in den Hof hinein füllt. So wurde einst auch Königsfanten im Vorübertragen Keuererz erwiesen.

Drinnen im Lager lockt es von Leidenschaft, Bier und Geschäftsfinken. Der Raum ist ringsum bis an die Decke mit Möbelstücken gefüllt. In der Mitte das Publikum in schwirrenden Häufen, sich stoßend, drängend um den Ausruf, der wie von einer Kanzel herab über die Köpfe hinweg das tote Gut ausbietet. Nach der Fensterwand zu ein Tisch mit den Protokollnehmern. In ihrer freien Region haben sich ein paar Wurstverkäufer etabliert. Sie sind das erheitende Moment in diesem Drama. Nur gefährlich wird es in ihrer Nähe, wenn ein Bieter mit der Wurst in ausgestreckter Hand den Zuschlag zu erlangen sucht.

Verstaubt, verschmukt, von Spinnen benistet, starrt alles Verkaufsgut, die Möbel, die Häufe ausgespeicherter Betten und Matratzen. Kein gutes Stück ist mehr darunter, das würdig wäre, selbst einem mittleren Haushalt zuzunehmen zu sein. Abgesehen von dem unmodernen Stil billiger Gebrauchsmöbel einer vergangenen Familientradition, fehlt ihnen meist schon die Politur oder die Farbe. Stühle ohne Sitz, mit Kanteln befestigte Füße, zerrissene Posten, zerklüftete Oberbetten, zerstrammte Tischbeine, Nachttische ohne Platten, ein Krankenstuhl ohne Bummelbereifung, ein — Schaufelstuhl! Ein wunder und weber Anblick. Wie sprechen diese Möbel gegen die sonstige Norm des

Werdens und Bergehens des Hausgeräts, das in gutbürgerlichen Familien mehrere Geschlechter überdauert oder gar nach hundert und mehr Jahren als geschätzte Antiquitäten nochmals eine Konsekrierung erfährt. Diese Sachen sind es nicht wert, noch auf die Kinder zu kommen. Und doch reihen sich die Käufer um den gewesenen letzten Besitz der Armut, der Stadtreiner und Armenempfänger, die den Sozialfink der Stadt auf Grund bestehender Ortsstatuts mit diesem Erbe bezahlen.

Aber hat nicht einmal eine weiße und junge Hand in jungen Tagen über das Sofa und die zwei Sessel gestreichelt, die eben der Auktionator für den Preis von 8 Mark und 50 Pf. zum letzten Ausruf? Die Hand hat sie geglättet und gebürstet und mit Häfelzeug behängt. Blumen haben im Fenster geblüht und den Kindern war es nur Sonntags erlaubt, in die gute Stube zu treten. Ein Bild mit zerbrüchtem Glas, dort an die Wand gelehnt, es erinnert an den Genith eines Glases, das seinen Namen verlor: die Photographie eines Soldaten in bunter Grenadieruniform. Wer starb von jenen beiden zuletzt, der Mann oder die Frau auf den großen Kreidetraktanten, wen qualte in seinem Sterben noch der Gedanke, dieses letzte Gut in aller Leute Hand lassen zu müssen, nachdem das andere Wertvolle in den letzten Lebensjahren schon verkauft worden war?

Das ist die Tragödie von den toten Dingen, die lauter sprechen als der Mund eines Lebenden. Ein Film und Nachtschub ohne Firma und Titel. Anderes Drum und Dran ist nur Staffage, spricht kaum mit. Die Menschen, die sich hier drängen: Auktionshändler, kleine Handwerker, Gelegenheitsmacher und Arbeitslose, sie sind typisches Proletariat. Sie drängen sich nach dem unbekanntem Geheiß als Erbe des Armensegels und Nachfolger der Reichen. Ihre Physiognomie hat nicht der gutmütige Zille, wohl aber Hans Baluschek mit Andacht gezeichnet. Und wissen doch zu leben und stoßen nicht durch die Decke, wenn ein Wurstkegel in der Nähe ist!

Wie ist die Stadt grau, wie gedrückt ihre Straßen hier im Osten! Wie alt und häßlich wird jetzt ihr Gesicht, so lange die Bannmeile dieses Armenviertels mich nicht ausläßt. Schrecklich ist der Gedanke, daß auch die Reste unserer Habe einst mit Würsten in den Händen gegeißelt werden könnte...

Gasexplosion auf der Straße.

Verletzte und Veräuterte.

Vor dem Rathaus, an der Ecke König- und Jüdenstraße, wo gegenwärtig Schachtarbeiten für die im Bau befindliche Untergrundbahn vorgenommen werden, ereignete sich heute früh gegen 11 Uhr eine heftige Explosion. Das Pflaster wurde auseinandergerissen, und große Steine wurden fortgeschleudert. Die Explosion wurde durch Funken eines Schweißapparates verursacht, die angesammelte Gase, die vermutlich einer schadhaften Gasleitung entstammten, waren, zur Entzündung gebracht. Durch den Luftdruck stürzte ein schwerer Eisenträger um und durchschlug ein Stromkabel. Von einer herausstehenden Stachlflamme wurde der 27jährige Schlosser Fritz Dombard aus der Postfadenstraße 26, der in der Nähe des Explosionsherdes arbeitete, erlitt er trug zum Glück nur leichte Brandwunden davon. Das Feuer wurde durch die alarmierte Feuerwehr gelöscht, bevor es größere Ausdehnung annehmen konnte.

Kurze Zeit zuvor wurde bei den Bauarbeiten an derselben Stelle gegen 6 Uhr der Arbeiter Magill aus der Wälderstraße 32 und der Schachtmeister Karl Schmidt aus der Holzmarktstraße 71 durch ausströmende Gase veräutert. Es gelang, die Bewußtlosen ins Leben zurückzuführen.

Im Hause Herzbergstraße 122c kam am gestrigen Spätabend ein Dachstuhlbrand zum Ausbruch, der in kurzer Zeit einen gefährlichen Umfang annahm. Die Feuerwehr eilte mit mehreren Löschzügen an die Brandstätte. Ueber die Treppenhäuser und eine mechanische Leiter wurde das Feuer mit mehreren Schlauchleitungen angegriffen. Nach über einstündiger Tätigkeit gelang es, den Brandherd einzukreisen. Die oberen Stockwerke haben starken Wasserschaden erlitten. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt.

Die Unsicherheit im Friedrichshain.

Zwei Wegelagerer festgenommen.

In der letzten Zeit wurden wiederholt Passanten im Friedrichshain durch jugendliche Burschen belästigt und beunruhigt. Die Burschen hielten sich im Gebüsch versteckt, bis die Streifen der Schutzpolizei vorüber waren, lauerten anderen Vorüberkommenden auf und bettelten sie in dreister Weise um Geld und Zigaretten an. Wurde ihnen eine ablehnende Antwort erteilt, so fielen sie sofort über den Betroffenen her und verprügelten ihn. In der Nacht zu Montag erschienen nicht weniger als fünf Personen im Kronenhaus am Friedrichshain, um sich Verletzungen verbinden zu lassen, die sie in Zusammenstößen mit den Rowdys davongetragen hatten. Auch die Liebespärchen, die im Hain auf den Bänken saßen, waren den Burschen willkommenes Opfer. Leise schlichen sie sich von rückwärts an die Abzugstößen heran, überfielen sie und raubten den Mädchen die Handtaschen und den jungen Männern die Uhren und Briefschaften. Gestern Abend ist es nun gelungen, zwei dieser Wegelagerer in schändlich zu machen. Sie hatten es wieder auf ein junges Paar abgesehen. Der Mann setzte sich zwar energisch zur Wehr, konnte aber der Uebermacht nicht standhalten und mußte flüchten. Dabei stürzte er so unglücklich über die eiserne Raseneinfassung, daß er sich einen Bruch des Oberschenkels zuzog. Seine Braut hatte inzwischen einen Schutzbeamten alarmiert und diesem gelang es, die Uebelthäter zu fassen. Auf der Wache wurden sie festgehalten als ein 21 Jahre alter Ewald Potowski und ein gleichaltriger Hermann Döber. Bei den Festgenommenen wurde ein Schlagring und ein Ständmesser gefunden und beschlagnahmt.

Die „Teufelsknecht“ des Propheten.

Vor einigen Tagen war Hochbetrieb in der christlichen Siedlung des „Propheten“ Weihenberg. Man feierte den Geburtstag des Meisters. 5000 Brüder und Schwestern waren versammelt, darunter Abordnungen von den 70 „Provinzgemeinden“, um die durch fünf Redner verbreitete Predigt zu vernehmen, um sich an der auf dem wirtlichen Sand entdeckten „Heilquelle“ zu erfrischen, und um die neuesten Wunder: das 16fache Korn an der Achse auf den abgehauenen Bergen — zu bestaunen. Schade, daß die 5000 Gläubigen nicht der neuen Verhandlung vor dem Landgericht in dem unseren Lesern bereits bekannten Prozeß Wichte-Weihenberg belohnen konnten, um sich an der Teufelsknecht zu erbauen, die der Prophet nach der Bekundung des Klägers Wichte seiner vom religiösen Wahn befallenen Frau umgelegt habe. Diese und andere Arten der Behandlung werden Gegenstand weiterer Zeugenbekundungen sein, da das Gericht es für notwendig erachtete, genau festzustellen, wie sich die „Behandlung“ im einzelnen gestaltete. Von dem Beklagten wurde jede Beeinflussung resp. Behandlung kategorisch bestritten, während der Kläger Wichte u. a. mittelste, daß Weihenberg durch Karten und Briefe seine Frau zum Erscheinen aufgefordert habe, sowie daß die Behandlung mit der „Teufelsknecht“ in Gegenwart von Schwester und Schwager erfolgt sei. Die von dem Propheten unangenehm empfundene Gutachten der Ärzte, die er inzwischen an-

gefochten hatte, bleiben bestehen, mit Ausnahme des Obergutachtens des Medizinalrats Dr. Krämer. Jedenfalls wird jetzt der Prozeß aus dem Stadium des Aktstudiums in das der mündlichen Beweisaufnahme treten.

Polizeikämpfe mit Wahnsinnigen.

Ein Beamter getötet — Nächtliche Belagerung eines Hauses

Kassel, 6. September.

Gestern Abend 7 Uhr bedrohte in Riederhöllrich, Kreis Kasselungen, der 27jährige ehemalige Schutzpolizeibeamte Heinrich Klaus in einem Anfall von Wahnsinn seine Eltern durch Erschießen. Er schoß auf die zu Hilfe eilenden Völkchenjägerbeamten und tötete den Oberleutnant Willk. Auch ein von Kassel herbeigerufenenes Lieberfallkommando in Stärke von einem Polizeioffizier und acht Beamten konnte gegen den Wüterich nichts ausrichten, der abwechselnd aus allen Fenstern und Dachlukn schoß und jede Annäherung an das Haus verhinderte. Im Laufe der Nacht traf Regierungspräsident Dr. Friedensburg am Tatort ein und ordnete den Einsatz eines Sonderwagens der Schutzpolizei an. Die Haustür wurde nunmehr durch Maschinengewehrfeuer gesprengt und im Haussturz mit feuchtem Stroh Rauch entwickelt. Klaus zerstörte durch einen Schuß den Scheinwerfer des Wagens und zog sich dann in den Keller zurück. Gegen 6.15 Uhr drang ein Stoßtrupp in das Haus ein, wurde aber ebenfalls von Klaus beschossen. Der Wahnsinnige wurde schließlich als Leiche in einer Ecke des Kellers gefunden. Ein Polizeioffizier und vier Schutzpolizeibeamte wurden durch Splitter von Handgranaten zum Teil erheblich verletzt. Die nähere Untersuchung der seltsamen Affäre ist noch nicht abgeschlossen.

Ein ganz ähnlicher Fall hat sich in den Vereinigten Staaten von Amerika zugetragen. Wie ein Telegramm aus Coarsville (Indiana) meldet, wurden bei der Verhaftung eines wahnsinnig gewordenen Regers, der sich in seinem Haus verbarricadiert hatte und mit einem Revolver verteidigte, fünf Polizisten verundet. Die Polizei ging zuerst mit tränenreuehenden Bomben vor und steckte dann das Haus in Brand. Die von Augen durckschörte Leiche des Regers wurde unter den Trümmern geborgen.

Nachrichten von den Fliegern.

Unbekanntes Flugzeug bei Neufundland gesichtet.

Das Fischereiamt Ottawa erhielt eine Mitteilung vom Wächter des Leuchtturms an der Meerenge von Belle Isle zwischen Neufundland und Quebec, wonach er und seine Gehilfen am vergangenen Freitag ein Flugzeug bemerktten, daß eine halbe Stunde lang dauernd die Richtung wechselte und schließlich in südöstlicher Richtung weiterflog. Das Flugzeug schien rotes und weißes Licht zu führen. Eine nähere Beschreibung des Flugzeuges war denjenigen, die es beobachteten und hörten, unmöglich, da sie es infolge der Dunkelheit nicht genauer erkennen konnten.

Die amerikanischen Weltflieger.

Die amerikanischen Weltflieger Schlee und Brock haben mit ihrer gestrigen nachmittäglichen Landung in Alahabad insgesamt 6706 Meilen ihres Fluges rund um die Welt zurückgelegt. Sie sind inzwischen in Alahabad aufgetreten und in Kalkutta gelandet.

Ein Ozeanflieger schwer mißhandelt.

Der Flieger Givon, der zusammen mit Corbu auf dem „Blauen Vogel“ nach New York fliegen wollte, ist das Opfer eines Angriffes in ihrem Nationalholz beleidigter Landsmänner geworden. In seinem Kraftwagen vom Flugzeughafen La Bourgei kommend, wurde er von einem 24jährigen Maurer mit „Freigang“ beschimpft. Der Angreifer verletzte ihm einen Faustschlag ins Gesicht. Als Givon aus dem Wagen stieg und mit dem Angreifer in ein Handgemenge kam, erhielt dieser durch seinen Bruder und seinen Freund Unterstützung. Der Flieger wurde schwer mißhandelt. Der kleine Finger seiner rechten Hand ist gebrochen, der rechte Arm ausgerenkt und ein Auge verletzt worden.

Montgolfierer auf dem Schießplatz Teget. Der für Sonntagmorgen angelegte Heißluftballonflug der achtzehnjährigen Margarete Baumgart mußte wegen des Sturmes, der eine Füllung des Ballons unmöglich machte, verlegt werden. Der Aufstieg findet nun am Mittwoch, 7. September, zwischen 18 und 19 Uhr statt. Die Füllung der Montgolfiere am Sonntag war sehr interessant und jung und alt staunte das Ungeheuer an, aber die heiße Luft wurde immer wieder durch den Wind herausgedrückt. Der Aufstieg findet an der Quittschiffelstraße statt. Straßenbahnlinien 25, 27, 28, 29, 68 und 128 bis Spandauer Weg. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

Die indischen Gewerkschaften.

Was der Gewerkschaftsführer Sethi in Berlin berichtete.

Genosse Sethi, der die indische Arbeiterbewegung auf der internationalen Arbeitskonferenz in Genf und auf dem internationalen Gewerkschaftskongress in Paris vertrat, hielt in Berlin im Humboldt-Haus in der Fasanenstraße vor dem „Berein der Indier Zentraleuropas“ einen Vortrag über „Indische Gewerkschaftsbewegung“. Als Führer des Metallarbeiterverbandes der „Tata-Werke“ in Nordindien, ist Sethi eine der berufensten Personen, die Arbeiterbewegung Indiens darzulegen. Er ist ein persönlicher Freund Mahatma Gandhis, der an dem Werden seiner Person und seines Verbandes starken Anteil hat. Seine erste Bekanntschaft mit deutschen Gewerkschaftern machte Sethi durch den Besuch der beiden deutschen Teilnehmer der Textilarbeiterdelegation in Indien.

Sethi einstündiger Vortrag zeigte, wie unter den Wirkungen der Leutung und anderer Ursachen noch während und bald nach dem Kriege in den verschiedenen großen Städten Indiens Arbeiterorganisationen unter der Mithilfe großer Persönlichkeiten wie C. R. Das, Baptista und Wadia entstanden. In der Textilindustrie, im Bergbau, im Eisenbahn- und Verkehrsbetrieben, Post und Telegraph, entstanden in den Jahren 1918 bis 1919 Berufsorganisationen. Manche dieser Erfindungsgebilde haben die Zeit des großen Elan nur um weniges überlebt und sind wieder eingegangen. Andere haben heute festen Bestand, nachdem sie selbst die Rückschläge des Jahres 1921 überstanden. Alljährlich findet seit 1920 der allindische Gewerkschaftskongress statt.

Zur Darstellung der Arbeitsbedingungen in den indischen Industrien übergehend, berichtet Sethi, daß in Indien die 60-Stunden-Woche gesetzlich festgelegt sei. Diese Maßnahme betreffe indessen nur das britische Gebiet, während die Anerkennung der gleichen Bestimmung in den Eingeborenenstaaten einzeln durchgeführt werde. Den Durchschnittslohn des ungelerten männlichen Arbeiters schätzte Sethi auf 2½ bis 3 M. wöchentlich. Der Sumpf der namenlosen Wohnungsmisere, der in Bombay und Kalkutta am größten ist, verschuldet es, wenn in diesen beiden Städten

sechshundert von je tausend Kindern sterben,

besor sie ein Jahr alt sind. Der unglaublich tiefe Lebensstandard macht natürlich auch die Fortschritte der Arbeiterorganisation äußerst schwierig. Daß sie sich trotzdem entwickelt, beweist nur, wie groß andererseits das Solidaritätsgefühl des indischen Proletariats ist, von dem Sethi wahrhaft faszinierende Beispiele anführte. Eine andere Schwierigkeit sei der Andrang des hungernden und beschäftigungslosen Landproletariats zu den Fabriken der Großstadt; und vollends das allgemeine Alphabetentum mache die gewerkschaftliche Organisationsarbeit zur schwierigsten Aufgabe.

Dann zeigte Sethi das weite noch unbeaderte Gebiet künftiger Organisationsarbeit: im Bergbau und in der Industrie von Bengalen sei zurzeit so gut wie keine Arbeiterorganisation. Und in

die Sklavensbetriebe der Teeplantagen

lehnte bisher jede Möglichkeit gewerkschaftlichen Eindringens. Dagegen herrsche in all diesen Branden ein straff organisierter Kapitalismus. Sowohl die englischen Bergarbeiter, wie die schottischen Juteindustriellen und die britischen Sklavenshalter der Teeplantagen sind in machtvollen Interessensvereinigungen restlos zusammengeschlossen. Jeder dieser weißen Industriellenverbände hat das Recht, eine Reihe von Vertretern seines Standes ins indische Parlament zu entsenden, während für die ganze Masse von 200 Millionen eingeborener Industrie- und Landproletarier, gleichsam als Gnadenerweis, von der Regierung ein einziges Parlamentsmitglied ernannt wird. In Streit- und Kampfzeiten formieren die im Lande lebenden Europäer Streikbrecherbataillone, die unter dem Schutze brutal angewandter Waffengewalt die Betriebe in Gang zu halten versuchen. Das letzte Beispiel dieser Art erlebte man vor wenigen Monaten bei dem großen Streik in der Bengol- und Nagpur-Eisenbahnpagnie. An die Schilderung dieser Zustände schloß Sethi den Ausdruck der Hoffnung, daß

die indische Arbeiterbewegung

ihre historische Rolle erfüllen möge, indem sie neben der Führung des wirtschaftlichen Kampfes auch den entscheidenden Anteil am nationalen Freiheitskampfe des erwachenden Indertums nehme.

Bei der ungeheuren Größe des Landes und der losen Verbundenheit der einzelnen örtlichen Arbeiterorganisationen, deren Verbindung eigentlich nur in dem jährlichen Gesamtkongress besteht, sei die Zahl der insgesamt Organisierten schwer anzugeben; um so schwerer, da in diesen bewegten Zeiten des Werdens sich die Ziffern von Woche zu Woche, von Monat zu Monat, sehr stark sowohl aufwärts als auch gelegentlich abwärts bewegen. Die von Sethi geführte Organisation der Tata-Eisen- und Stahlwerke, des „Indischen Krupp“, wo 40 000 Menschen beschäftigt sind, zählt heute nahezu 10 000 gewerkschaftlich Organisierte. Die gesamten indischen Gewerkschaften, von denen viele selbst auf dem Jahreskongress nicht vertreten sind, dürften

zwischen 250 000 und 350 000 Mitglieder

zählen. Besonders sympathisch empfand man es bei Sethis Vortrag, daß der Redner sich aller Liebertreibungen bei der Darstellung der gewerkschaftlichen Verhältnisse Indiens enthielt und sich darauf beschränkte, den Geist der Bewegung, ihre Schwierigkeiten, ihre Probleme und ihre Entwicklungstendenzen kurzumzu machen, soweit dies in einem einstündigen Vortrag möglich war.

Eine sehr bedauerliche Missetzung erreichte den indischen Gast während seines Berliner Aufenthalts. Er erhielt die Nachricht, daß in Jamshehpur, dem Orte seiner Organisation und der Tata-Werke, eine große Flußüberschwemmung zahlreiche Arbeiterwohnungen zerstörte und einen Schaden von insgesamt 76 000 Rupien (114 000 M.) verursachte, zu dessen Deckung seine Organisation einen wesentlichen Teil ihrer bescheidenen Mittel widmen müßten. F. J. F.

Diese Verhandlungen fanden gestern nachmittags statt. Das Ergebnis war, daß die Lohnerhöhung von 5 Proz. wieder zugestanden wurde. Infolgedessen nahmen die Dreher gestern Abend Stellung zu dem Verhandlungsergebnis und stimmten ihm mit Mehrheit zu. Wir wollen hoffen, daß die Direktion nunmehr auch zu ihrem Wort steht und es nicht auf einen Kampf ankommen läßt.

Der Arbeitszeitstreit im Transportgewerbe.

Austrag in Rheinland-Westfalen.

Am rheinisch-westfälischen Transportgewerbe herrscht ab 1. September ein vertragloser Zustand. Das Lohnabkommen ist von der Gewerkschaft gekündigt worden, und in der Arbeitszeitfrage wurde trotz wiederholter Verhandlungen keine Verständigung erzielt. Unbegreiflicherweise führte der Schlichter in der Arbeitszeitfrage keine Entscheidung herbei. Der Deutsche Verkehrsverband hat nunmehr seine Mitglieder aufgefordert, in den Betrieben nur noch die nach den gesetzlichen Bestimmungen zulässigen Arbeitsstunden zu leisten.

In dem bisher von einem einheitlichen Tarifvertrag erfassten Gebiet wird sich unter diesen Umständen ein beunruhigender Kleinrieg entwickeln müssen. Viele Arbeiter werden der Anforderung der Gewerkschaften, Einzelverträge zu schließen, nachkommen, und damit wird die Frage der Bezahlung der Heberarbeit in den Transport- und Speditionsbetrieben zur Entscheidung gestellt. In allen Betrieben, wo eine Verständigung nicht möglich ist, werden die gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen getroffen. Die Anweisung des Deutschen Verkehrsverbandes an seine Mitglieder, ungesessene Arbeitsverhältnisse bei der Staatsanwaltschaft und der Aufsichtsbehörde zur Anzeige zu bringen, zeigt deutlich, daß mit einem scharfen Kampf zu rechnen ist.

Wozu das Sträuben der Arbeitgeber? Das Transportgewerbe fällt doch nach der Erklärung des Reichsarbeitsministers unter den § 6a des Arbeitszeitgesetzes.

In Erwartung der Besoldungsreform.

Beihilfen für die Brandenburgischen Provinzialbeamten.

Der Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen hat im Hinblick auf die außerordentliche Notlage der Beamten, die ganz besonders verschärft ist durch die Hinauszögerung der neuen Besoldungsordnung, einen An-

trag an die Brandenburgische Provinzialverwaltung gerichtet, laufende Beihilfen bis zur Verabschiedung der Besoldungsordnung zu gewähren. Nach diesem Antrage sollen die Beamten der Gruppen I bis IV 30 Proz., V bis VII 25 Proz., VIII bis X 20 Proz., XI bis XIII 15 Proz., Sondergruppe I 10 Proz. vom Grundgehalt und Ortszuschlag solange erhalten, bis die endgültige Erledigung der Besoldungsreform feststeht. Da diese Regelung für Berlin beschloffen ist und die Septemberzahlungen schon erfolgt sind, so wird erwartet, daß sich die Provinz Brandenburg dem Vorgehen Berlins anschließen wird.

Streik in der Metallgießerei Gradewitz.

Die Metallgießer und Former der Firma Gradewitz, Dresdener Straße 38, sind gestern vollständig in den Streik getreten. Die Ursache des Konflikts ist in den Entlohnungsmethoden der Firma zu suchen. Löhne von 28 M. für Angelernte und von 40 M. für Facharbeiter sind bei dieser Firma an der Tagesordnung. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat in wiederholten Verhandlungen vergebens versucht, die Löhne in dieser Firma denen der anderen Metallgießereien gleichzustellen. Selbst im VBR, der diese Firma angehört, hat man über die Lohnmethoden der Metallgießerei Gradewitz den Kopf geschüttelt. Da alle Verhandlungen ergebnislos blieben, sind die Arbeiter gestern mit Zustimmung der Organisation in den Streik getreten. Zugang ist fernzuhalten!

Die sauren Trauben.

Moskau und die englischen Gewerkschaften.

Moskau, 6. September. (O.)

Dem in Edinburgh tagenden Kongress der englischen Trade Unions widmet Ljowitsch einen kritischen Artikel, in dem er besonders gegen den Generalrat sehr scharf vorstößt. Der Generalrat habe besonders in den Fragen der inneren Politik Englands eine geradezu verbrecherische und verräterische Passivität gezeigt. Doch dürfe man die Hoffnung nicht aufgeben, daß die englische Arbeiterklasse, „obgleich an Händen und Füßen durch Traditionen und einen bürokratischen Apparat gefesselt“, allmählich erwache und sich von der unfähigen Führerschaft abwende. Dann wäre es gleichgültig, ob der Generalrat jetzt auf dem Edinburgher Kongress noch einen Sieg erringt oder nicht. (Die Trauben hängen zu hoch.)

Aus den Hanauer Diamantschleifereien.

Hanau, 5. September. (U.)

In Hanau haben die Diamantschleiferbesten den mit den organisierten Diamantschleifern abgeschlossenen Lohnarif gekündigt. Es soll ein neuer Lohnarif ausgearbeitet werden, der sich an den belgischen anlehnt. (Wiso schlechter ist als der Hanauer. R. d. V.)

Gewerkschaftsverbot in Rumänien.

Wien, 6. September. (U.)

Wie die „Reichspost“ aus Bukarest meldet, hat die Siguranza die Bureau der Bukarester Gewerkschaftszentrale versiegelt, da die Regierung die Tätigkeit der linksstehenden Gewerkschaften endgültig verboten hat. Vier in dem Bureau weilende Arbeiter wurden verhaftet. (In Rumänien macht man das so.)

Sport.

Die Boxkämpfe in der Kaiserdammarena.

Für den nächsten Boxkampf, der am Freitag Abend um 8 Uhr in dem neuen Ring der Kaiserdammarena mit dem Hauptkampf Diener-Charlie Smith zur Durchführung gelangt, sind jetzt auch die Beiträge mit den anderen englischen Kämpfern abgeschlossen. Die einzelnen Paarungen stehen nunmehr, wie folgt, fest: Schwergewicht: Franz Diener gegen Charlie Smith, England. Weltergewicht: Walter Sahn gegen Ed Jackson, England. Banlangewicht: Otto Ziembarj gegen Charlie Rogers, England. Fliegengewicht: Harry Stein gegen Willi Willmeroth. Für einen fünften Kampf sind entweder der deutsche Weltergewichtmeister Ernst Grimm oder der englische Leichtgewichtler Young Spiers in Aussicht genommen, für die der Gegner aber noch nicht feststeht. Der Boxverkauf beginnt Dienstag an folgenden Stellen: Postgabeladen 30, Hadebel, Kommandantenstraße 65, Arena am Kaiserdamm.

Olympiade-Vorbereitungs-Turnier.

Am Montag, der zugleich der Turnierschluss auf der Trabrennbahn Kurlieben war, wartete man anfangs auf das Publikum und begann dieshalb mit Verspätung. Die berittene Schuttpolizei Berlins füllte drei Programmnummern aus. Natürlich imponierten wieder allgemein die standhaften Berliner Schuttpolizei. Der Lärm mag noch so unerhört sein, das Gedränge noch so groß, diese Pferde stehen, als ob sie für ein Denkmal Modell ständen. Ein schönes Bild bot auch die Große Eigenprüfung für Jagdpferde, bei der hinter einem Mast ein Jagdgalopp über Hindernisse abfolviert wurde. Bei der Schlussnummer, dem Barrierenspringen, trat alles an, was als Reiter und was als Pferd einen Namen hat. Diese Springpferde sind durch viele Erfahrungen gewichtig, äußerst geschickte Springer, sie springen, wenn es sein muß, über ein Haus, über ein so ganz in sich zusammengeducktes kleines Berliner Wochenendhaus nämlich ganz bestimmt.

Beizamtlich für Politik: Richard Bresslau; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Seiner; Fußball: Dr. John Schlomski; Golf: und Sonstiges: Fritz Rastfeld; Anzeigen: E. Glöck; Gemälde in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Norddeutsche-Verlags- und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Tarifbewegung in den Verkehrsbetrieben.

Die Forderungen der Hochbahner.

Wie bei der Straßenbahn ist seinerzeit auch bei der Hochbahn, wie unseren Lesern in Erinnerung ist, der Manteltarif von den Gewerkschaften gekündigt worden. Nunmehr sind der Direktion auch die Forderungen des Personals überreicht worden. Diese Forderungen entsprechen im wesentlichen denen der Straßenbahner, die sich wiederum anleihen an den Reichsrahmenvertrag für kommunale Straßenbahnen.

Die Hauptpunkte der Forderungen sind, wie bei den Straßenbahnern, die Herstellung des Achtstundentags, eine günstigere Regelung der Ferien, Zahlung eines erhöhten Krankenzuschusses, Regelung und höhere Bezahlung der Ueberstunden usw. Da diese Forderungen im wesentlichen dem Reichsrahmenvertrag für kommunale Straßenbahnen entsprechen und eine Angleichung der Arbeitsbedingungen der Hochbahner an die Arbeitsbedingungen der übrigen städtischen Arbeiter bezwecken, so sollte man erwarten, daß diesen Forderungen entsprochen wird.

Nach dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen bei der Straßenbahn würden die Hochbahner jedoch gut tun, sich keinem vorzeitigen Optimismus hinzugeben. Auch für sie gilt die alte Erfahrung, daß man durch Verhandlungen nur erreicht, was man entschlossen und in der Voge ist, durch die Kraft der Organisation zu erkämpfen.

Lohnerhöhung bei Borsig.

Knapp am Streik vorbei.

Nachdem der übrige Teil der Belegschaft von Borsig durch Verhandlungen eine Lohnerhöhung von 5 Proz. erreicht hatte, traten auch die Dreher in eine Lohnbewegung und forderten eine Zulage von 10 Proz. Auch hier einigte man sich schließlich auf eine Erhöhung der Akkordsätze von durchschnittlich 5 Proz. Die Zulage der Direktion wurde jedoch wieder zurückgezogen.

In einer Versammlung am Sonnabend kam die Erregung der Dreher darüber zum Ausdruck. Durch das Eingreifen der Organisationsleiter wurde der Entschluß der Dreher, die Arbeit niederzulegen, zurückgestellt, weil der VBR sich bereit erklärte, in einer Verhandlung am Montag einen Vermittlungsversuch zu machen.

Schwarzer Adler, Frankfurter Allee 99
Vom 6. bis 8. September 1927
Der Katzensteg
Ferner: Bühnenschau

Viktoria-Lichtbildtheater, Frankfurter Allee 48
Vom 6. bis 8. September 1927
Laura La Plante in
Ihr Spielzeug
Ferner: Bühnenschau

Concordia-Palast, Andreasstraße 64
Vom 6. bis 8. September 1927
Ich habe im Mai von der Liebe geträumt
Mitwirkend: Die Kreuzersonne

Passage-Lichtspiele, Neukölln, Bergstr. 151/52
Vom 6. bis 8. September 1927
Der Polizeispitzel von Chicago
Auf der Bühne: Der keusche Josef

Es lohnt sich zwei Etagen zu steigen!
Durch Ersparnis hoher Ladenmiete
Qualitätsware zu erst billiger!
Gardinen, Stores, Bett-, Tisch- und Divandeecken
Gardinenhaus Alfred Walter
Neukölln, Seichowerstr. 6
II. Etage, kein Laden!
Telefon: P 2 2329
direkt Untergundbahn Boddenstraße

Auf Teilzahlung Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzeilmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34
(Straubberger Platz).

Porzellan
Geschirr
auch gegen **12 Monats-Raten**
Raddatz & Co.
Berlin, Leipziger Str. 12-23
Bettfedern Adolf Pohl
Dresdener Straße 15
(Fabrikgebäude)

Zuverlässige billige und **gute Stiefel**
gibt bei **H. Bähr**
Berlin, Spittelmarkt 7

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 23,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Beleuchtungskörper
und jeden elektrischen Gebrauchsartikel
bekommen Sie am billigsten
bei bequemer Teilzahlung
in unseren Ausstellungsräumen, Eisässer Straße 78
Elektrische Anlagen während der Sommermonate
einfache Brennstelle 10,- M. bei sauberster Ausführung.
Berliner Elektriker-Genossenschaft E. g. m. b. H.
Eisässer Str. 86-88 / Alexanderstr. 39-40 / Wilmersdorf, Landhausstr. 4

TRAURINGE
1 Ring Dukatengold (900 gest.)
zum Reklamepreis von Mk. 18,-
Gediegen und modern Mk. 22,-
Schwere Ausführung Mk. 28,-
1 Ring (999 gest.)
Gediegen und modern Mk. 12,-
Schwere Ausführung Mk. 15,-
Scharf, Ringe v. Mk. 4,- bis 7,- p. Stück
Gravierung gra is zum Mithenem.
Ges. geschützt **Hermann Wiese, Berlin** N 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Str. 12
Ständig ca. 3000 fugelose Trauringe am Lager.